

NEUER FINANZAUSGLEICH (NFA) SOLL KEINEN ABBAU BRINGEN

Mittwoch, 18. Jan. 2006

Erschienen am: 18.01.2006

Auch Behinderte profitieren

Gross waren die Ängste von Behinderten und ihren Vertretern vor der Abstimmung über den NFA. Jetzt versprechen Regierungsräte der beiden Basel: In der Behindertenhilfe und Sonderschulung gibt es keinen Abbau - sondern Verbesserungen.

Auch Regierungsrat Urs Wüthrich war der NFA früher nicht geheuer. «Kurz vor meinem Amtsantritt im Sommer 2003 marschierte ich zusammen mit Behinderten und ihren Betreuern an einer lärmenden Kundgebung durch Liestal», erzählte er am Montagabend rund 240 Vertreterinnen und Vertretern von Behinderten, Institutionen und Verbänden in der «Job Factory». Mit dem NFA zahlt ab 2008 nicht mehr der Bund für Behindertenhilfe wie betreutes Wohnen, Heime, Tagesstätten, geschützte Werkstätten und Sonderschulen - sondern neu die Kantone. «Dies soll auf keinen Fall Auslöser von Kundgebungen sein», betonte Wüthrich, «auf jeden Fall nicht in den beiden Basel.» Denn: «Die Einführung des NFA ist für uns keine Sparübung.» Er könne sich jedenfalls schlecht vorstellen, dass im Landrat oder im Grossen Rat ein Politiker ein Sparprogramm auf Kosten der Behinderten fordern werde.

Integration. Trotzdem wird nicht alles beim Alten bleiben, wie Wüthrich und Eymann betonten. Die beiden Kantone haben den Auftrag zu gemeinsamen Konzepten in den beiden Bereichen Sonderschulung und Behindertenhilfe erteilt, die Art und Steuerung des künftigen Angebots festlegen sollen. Besonderes Gewicht soll dabei auf Gleichstellung und Integration gelegt werden. In diesen Prozess würden auch die Betroffenen und deren Interessenorganisationen früh einbezogen, versprach Eymann - um gleich anzufügen, dass es mit dem angestrebten Paradigmenwechsel eigentlich gar keine «Betroffenen» mehr geben werde: «Der Helfende wird zum Assistenten, die Betroffene zur Expertin.» Letztere sollen die notwendigen Mittel erhalten, um selber zu bestimmen, welche Hilfe und Unterstützung sie brauchen: «Behinderte werden zu Mitgliedern der Gesellschaft, die wie alle anderen eigenverantwortlich bestimmen, wie sie wohnen und arbeiten wollen», so Eymann. Der NFA solle auf diese Weise bei gleichen Kosten «erkennbare Verbesserungen» bringen.

UMDENKEN. Für viele Institutionen könnte dies bedeuten, dass sie umdenken und ihre Angebote anpassen müssen. Weniger gefragt sein dürften künftig Behindertenwohnheime und -werkstätten auf der grünen Wiese. Integrative Formen wie die neuen Behindertenwohnungen in der Kleinbasler Wohnsiedlung Horburghof hingegen dürften Schule machen. «Aber wir reissen nun nicht die bestehenden Heime ab. Erstens können sie ihr Angebot erweitern, und zweitens wird es immer beide Formen brauchen», so Wüthrich.

Ganz auf die Karte Integration wollen die beiden Basel auch im Bereich Schule setzen - gegen den aktuellen Trend zur Separation. «Immer mehr Kinder werden in Sonderschulen versetzt - trotz verbesserter Früherkennung, neuen Therapien und dem medizinischen Fortschritt», so Wüthrich. Ein Grund dafür sei die immer enger gefasste Definition dessen, was normal ist: «Hat jemand dreimal einen Dreier, erhält er schon fast eine spezielle Förderung, hat er dreimal einen Sechser, wollen ihn die Eltern in die Talenta schicken.» Ausserdem sei es für Schulen heute einfacher, schwierige Kinder auszusondern, als sie zu behalten.

«Wir wollen den Trend zu immer mehr Sonderschulung zumindest stabilisieren», sagt Wüthrich.

Integrative Modelle sollen künftig gefördert und die Schulen mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden, die dann bei Sonderschulen eingespart werden könnten. Es soll jedoch «bei Bedarf» weiterhin separate Sonderklassen geben.

Im Frühjahr 2007 sollen die Berichte Parteien, Verbänden und der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorliegen.

BaZ, 18.1.06, Timm Eugster